

Herausforderung Bodenaushub

LANDESPOLITIK. Schlussfolgerungen aus der vom Land Vorarlberg beauftragten und vom Land und der Wirtschaftskammer Vorarlberg kofinanzierten Deponiestudie.

IN VORARLBERG fallen im Jahr rund 1.750.000 Tonnen Bodenaushubmaterialien als Abfall an. Das entspricht rund 1 Million Kubikmeter. Von diesen anfallenden Bodenaushubmaterialien werden rund 70 Prozent auf Deponien oder in Verfüllungen und Verwertungen abgelagert. Die abgelagerte Menge betrug daher in den Jahren 2016 bis 2019 rund 1,3 Millionen Tonnen bzw. 750.000m³ je Jahr. Der Rest, knapp 500.000 Tonnen bzw. 300.000m³ Bodenaushub, wird in Kieswerken, Bodenwaschanlagen und anderen Aufbereitungsanlagen zu Gesteinskörnungen aufbereitet.

„Beim Bauaushub, der quantitativ am stärksten ins Gewicht fallenden Abfallfraktion, sind die Recycling-Kapazitäten im Großen und Ganzen ausgeschöpft“, informierte Studienautor Alge. Daher ist über diesen Weg eine relevante Reduzierung der anfallenden Kubaturen nicht zu erwarten. Für die Bodenaushubdeponien ist daher die bereits in Angriff genommenen Rohstoff- und Deponiestrategie rasch fertigzustellen; die erforderlichen Maßnahmen sind umzusetzen. Aktuell befinden sich Deponieprojekte verschiedenster Größenordnung im Bewilligungsverfahren. Dabei handelt es sich um eine Gesamtkubatur von ca 750.000 m³.

Neue Deponieflächen dringend benötigt

Wirtschaftslandesrat Tittler sieht den Bedarf an neuen Deponieflächen durch die Studienergebnisse bestätigt. Die anfallende Menge übersteigt die wirksame Kapazität um 0,1 – 0,3 Millionen Tonnen bzw. um bis zu 30 Prozent. Dadurch werden die verfügbaren Kapazitäten deutlich schneller als geplant verfüllt – Tittler: „Wir verfüllen heute auf Kosten von kommenden Generationen. Die Lösung in der Theorie und im Sinne der nächsten Generation ist einfach: Es braucht mehr Angebot an Deponieflächen.“ Die Umsetzung in der Praxis gestaltet sich hier jedoch komplex und aufwändig. Umso mehr braucht es klare Entscheidungen, ein Bekenntnis zur Schaffung von Deponieangeboten und die rasche Genehmigung von neuen Flächen. „Die Fakten liegen jetzt am Tisch! Es braucht nun einen gemeinsamen Weg aller Partner, ebenso ist rasches und aktives Handeln gefragt“, so der Wirtschaftslandesrat.



Es braucht in Vorarlberg mehr Deponieflächen.

Aufgaben und Ausblick

Aus standortpolitischer Sicht ergeben sich einige wichtige Aufgaben, sowohl auf der strategischen, wie auch operativen Ebene. Dazu gehören insbesondere

- die jährliche Erhebung des Status Quo zu dieser Studie und das Monitoring der Entwicklungen,
- die laufende Erörterung von Problem und Lösungsmöglichkeiten sowie
- die strategische Planung von Deponieflächen und Kapazitäten unter Einbindung aller Stakeholder.

Das Land verfolgt dazu einen interdisziplinären Ansatz unter Einbindung der betroffenen Abteilungen und aller relevanten Akteurinnen und Akteure. Lösungen können nur gemeinsam erarbeitet werden, dazu müssen alle Player gemeinsam am Tisch sitzen.

Die grüne Mär vom Bodenaushub

Die betroffenen Branchen in der WKV bemühen sich seit langem um eine gemeinsame Lösung in der Fragestellung hinsichtlich der äußerst angespannten Situation bei der Deponierung von Bodenaushub. Daher darf vom zuständigen Landesrat Rauch zumindest erwartet werden, dem Thema auch endlich die entsprechende Gewichtung beizumessen. Ein stures Beibehalten der bisherigen Vogel-Strauß-Taktik schadet letztlich dem Standort Vorarlberg. Der zur Verteidigung ausgerückte Abfallwirtschaftssprecher der Grünen hat die Studie offensichtlich nicht gelesen und zudem den Unterschied zwischen Bodenaushub und Baurestmassen nicht verstanden. Die Herausforderung liegt im Umgang und in der Deponierung von Bodenaushub (Erde) und nicht im Bereich des Recyclings von Baurestmassen (Bauschutt).

Statements zur Deponiestudie

Reinhard Brunner, FG Gärtner und Floristen

„Nachdem mit der Präsentation der Studie der Ball politisch aufgegriffen wurde, erwarten wir nun kurzfristige Maßnahmen zur Entspannung der Situation. Gerade kleinere Betriebe im Bereich Gartenbau, Erdbewegung und Transport haben derzeit massive Probleme, den anfallenden Bodenaushub zu deponieren. Wir brauchen rasch Lösungen für Kleinmengen.“

Franz Kopf, FG Bauhilfsgewerbe

„Deponierung ist im direkten Zusammenhang mit der regionalen Rohstoffgewinnung und Rohstoffnutzung zu sehen. Abbauflächen eignen sich oft sehr gut als potenzielle Deponieräume, weshalb eine integrierte Betrachtung dieser eng verzahnten Themenkomplexe sinnvoll erscheint. Die aktuelle Bestandsaufnahme sollte nicht als abgeschlossenes Projekt verstanden werden, sondern in einem weiteren Schritt mit den Ergebnissen aus der Deponieerhebung verschränkt werden. Eine gemeinsam mit allen Beteiligten zu entwickelnde Vorarlberger Rohstoff- und Deponiestrategie kann dabei helfen, Abbauflächen und Deponieräume zu sichern bzw. zu entwickeln, potentielle Interessenskonflikte auszugleichen und so breit getragenes Vorgehen ermöglichen.“

Peter Keckeis, FG Bau

„Die Behördenkompetenz, speziell was den Rohstoffsektor (MinroG) betrifft, sollte ausgebaut werden. Die Abwicklung im Lande könnte an einer Stelle gebündelt werden – insbesondere bei den Themenbereichen: Genehmigungsverfahren, Monitoring oder in Abstimmung mit anderen Bundesbehörden (z.B. Zoll). Eine gemeinsam getragene und einheitliche, rechtlich fundierte Sichtweise der Behörden auf Landesebene ist unabdingbar. Damit wird die Rechtssicherheit, die Planbarkeit, Vorbereitung und Abwicklung von Projekten erleichtert und beschleunigt. Bei genehmigungsrechtlichen (fachspezifischen) Fragestellungen und auch gegenüber allfällig ermittelnder Behörden muss sich der Betreiber auf die Kompetenz und eine rechtssichere und einheitliche Auskunft der zuständigen Landesbehörde verlassen können. Unterschiedliche Auslegungen von Sachverhalten sind

zu vermeiden - hier wird ein stärkerer Dialog als dienlich erachtet.“

Christian Böhler, FG Entsorgungs- und Ressourcenmanagement

„Zur langfristigen Absicherung der Versorgung mit Rohstoffen ist die Erhebung von geeigneten Gewinnungs- und Deponiestandorten unerlässlich. Dabei sind neben geologisch-lagerstättenkundlichen Parameter auch topographische, infrastrukturelle, raumplanerische und verkehrstechnische Rahmenbedingungen zu erfassen und unter Berücksichtigung künftiger Entwicklungseinschätzungen zu bewerten. Die daraus resultierenden Ergebnisse könnten in die regionalen Entwicklungspläne aufgenommen werden. Ein möglicher Lösungsansatz wäre eine derartige Erhebung unter Einbindung der geologischen Bundesanstalt, der Landesraumplanung und der betroffenen Kommunen durchzuführen. Hier wäre seitens des Landes ein verstärkter Dialog mit den Kommunen anzustreben.“

Alexander Stroppa, STV-FG Bau

„Es braucht eine intelligente, langfristige Strategie, die von kurz- und mittelfristigen Maßnahmen begleitet wird. Alle beteiligten Stakeholder müssen rasch an einen Tisch. Nachhaltige Strategien können nur gemeinsam zwischen der Vorarlberger Bauwirtschaft, der Verkehrs- und Raumplanung sowie unter Einbindung der Kommunen gefunden werden.“

Johannes Wilhelm, STV-FG Bau

„Sinnvoll wäre auch die Schaffung einer kompetenten Stelle für den Bereich Rohstoffe und Deponien als Unterstützung der Behörden für Bewilligungsverfahren (bergtechnische Sachverständige) und für die Begleitung der Betriebe. Diese Stelle könnte den allgemein für notwendig erachteten Dialog zwischen den verschiedenen Beteiligten fördern und als Schnittstelle zwischen Land und Bund fungieren, sowie die regionalen Interessen in den Gremien auf Bundesebene vertreten. Dabei könnten auch die aus Unternehmersicht überschießenden bundesgesetzlichen Anforderungen thematisiert werden.“



Reinhard Brunner



Franz Kopf



Peter Keckeis



Christian Böhler



Alexander Stroppa



Johannes Wilhelm